

Bittersüße Bilanz eines unmöglichen Ministers

Schmähführen können andere besser: Alois Stöger wirkt inkompatibel mit der modernen Medienwelt, brachte es aber dennoch zum längstdienenden Minister der scheidenden Regierung. Warum Stöger zufrieden abtritt – und letztlich doch gescheitert ist.

Gerald John

Wien – Das Personal räumt längst die Schreibtische, doch der Chef bleibt Sozialminister bis zur letzten Sekunde. Immer noch versteht sich Alois Stöger als oberster Arbeitsbeschaffer der Nation, nun eben im engen Kreis. „Sauber“ möchte er seine Mission abschließen, und dazu zähle nun einmal, Mitarbeitern des Kabinetts auf dem Weg in neue Jobs zu helfen. Nicht alle hätten etwas in Aussicht, sagt Stöger, „am schwersten haben es die Chauffeure, die von den Überstunden leben“.

Die Zeit wird knapp. Noch vor Weihnachten, so scheint es, werden ÖVP und FPÖ eine Koalition schließen – und den Sozialdemokraten Stöger damit aus dem Amt drängen. Doch der 57-Jährige wirkt auffällig gelöst, eine gewisse Genugtuung will er nicht verhehlen: „Ich kann sagen, viele eines Besseren belehrt zu haben.“

Das gilt ein Stück weit auch für ihn selbst. „Bist narrisch geworden?“, hat Stöger den damaligen oberösterreichischen SP-Chef Erich Haider gefragt, als dieser ihm, dem Chef der Landeskrankenkasse, im November 2008 mit einer halben Stunde Bedenkzeit den Posten des Gesundheitsministers antrug – und groß waren

auch die Zweifel im Publikum. Wie aus der Zeit gefallen wirkte der schlaksige Linzer, inkompatibel mit der bunten, modernen Medienwelt. Rasch verpassten ihm Kommentatoren das Etikett des ständigen Ablösekanidaten.

Heute, nach neun Jahren als Minister, ist der politisch vielfach Totgesagte stolz darauf, keine einzige Schlagzeile produziert zu haben, indem er Genossen etwas über Medien „ausgerichtet“ hat. Mit dem Image des spröden Langweilers hat er längst zu spielen gelernt. Auf dem Deckblatt der auf 13 Seiten ausgebreiteten Leistungsbilanz, die Stöger zum Abschied verteilt hat, steht: „Schmähführen können andere besser!“

Macher und Blockierer

Selbige fällt, no na, zufrieden aus. Als Ex-Gesundheitsminister verweist er auf die Organisationsreform im Gesundheitssystem und die (mit Steuergeld alimentierte) „Sanierung“ der Krankenkassen inklusive neuer Leistungen wie der Gratiszahnspange, als einstiger Verkehrsminister auf den Einsatz für Bahnausbau und Breitbandinternet. Die Top drei durch die Brille des Sozialressortchefs: Abschaffung des Pflegegresses, die Aktion 20.000 zur Vermittlung älterer Langzeit-

arbeitslosen, die Aufbesserung der Notstandshilfe speziell für Frauen, indem Partnereinkommen bei der Berechnung nicht mehr einbezogen werden.

Und die Rolle des Blockierers, die ihm Gegner aus der ÖVP nachsagten? Wenn damit etwa sein Widerstand gegen die Pläne gemeint sei, per Anhebung des Frauenpensionsalters die Arbeitslosigkeit zu verschärfen, habe er mit dieser Nachred' kein Problem: „Dann bin ich gerne ein Verhinderer.“ Selbst im Rückzugsgefecht, an dessen Ende die bundesweiten Standards für die Mindestsicherung fielen, reklamiert er Teilerfolge. Immerhin sei die Krankenversicherung für die Bezieher gerettet worden.

Verloren, das weiß Stöger, hat er hingegen den Kampf um die Deutungshoheit – sonst wäre die SPÖ wohl nicht aus der Regierung geflogen. „Populismus siegt über Sachkenntnis“, sagt er: „Ich tue mir mit jenen schwer, die nichts verstehen und die inhaltliche Debatte verweigern. Damit meine ich den künftigen Bundeskanzler.“

Dass es da einen großen Teil der Wählerschaft anders geht, veranlasst Stöger zu einem bitteren Resümee. Die notwendige Zeit, um für komplexe Probleme eine Lösung zu finden, werde einem im gesellschaftlichen Diskurs nicht mehr zugestanden, sinniert er, „die Lautesten bekommen die größte Schlagzeile“. Der Kompromiss, der das Ziel der Demokratie sein sollte, werde in den Medien zunehmend als faul gebrandmarkt: „Doch die Antithese ist die Unterjochung des anderen.“



Keine Rampensau hinter den Mikrofonen: „Die Lautesten bekommen die größte Schlagzeile“, muss Alois Stöger am Ende feststellen.

Foto: Herbert Corn

Unis bringen mehr, als sie kosten

Wifo-Studie zeigt Wertschöpfung der Hochschulen

Gudrun Ostermann

Wien – „Universitäten sind furchtbar teuer“, heißt es gerne, doch jeder investierte Euro rechne sich schon nach wenigen Jahren, sagt Oliver Vitouch, Präsident der Universitätenkonferenz (Uniko) bei der Präsentation der Studie zur Wertschöpfung von Universitäten. Im Auftrag von Uniko und Wissenschaftsministerium wurden vom Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) zum ersten Mal die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Effekte von Unis analysiert.

Für Jürgen Janger, Leiter der Wifo-Studie, sprechen die Daten eine eindeutige Sprache. Unis bringen mehr Steuergeld, als sie kosten. „Ein in die Universitäten investierter Steuereuro rechnet sich schon nach drei bis fünf Jahren.“ Wissen sei der wichtigste Wirtschaftsfaktor und Nichtwissen das größte Hemmnis für Innovationen.

Die heimischen Universitäten befänden sich aber in einer Zwickmühle, sagt Janger. Einerseits werden die Leistungen der Unis immer stärker nachgefragt, andererseits wird der Wettbewerb um die am besten qualifizierten Köpfe immer schwieriger. „Die finanzielle Ausstattung der Universität ist dabei ein Entscheidungsfaktor.“

Bei dieser Finanzierung sind die positiven Effekte für Wirtschaft und Gesellschaft für Janger überraschend. Relativ zur Zahl der Studierenden hat beispielsweise die ETH Zürich fünfmal so viel Budget zur Verfügung wie die Technische Uni Wien.

Insgesamt beträgt das Budget der Universitäten rund 3,8 Milliarden Euro, wovon 3,3 Milliarden Euro öffentlich beigesteuert werden. Dem gegenüber stehen 6,3 Milliarden Euro, die der Wirtschaftsleistung kurz- und mittelfristig zugutekommen, heißt es in der Studie. 2,77 Milliarden Euro davon sind direkte Wertschöpfungseffekte, 841 Millionen Euro durch die von Unis ausgelöste wirtschaftliche Tätigkeit von Kooperationspartnern, 2,69 Milliarden Euro durch weitere Investitionen oder Konsumausgaben durch erwirtschaftete Gewinne.

Der Anteil der Unternehmen, die mit einer Hochschule kooperieren, ist in Österreich im EU-weiten Vergleich am höchsten. 57 Prozent (EU: 33 Prozent) der Großunternehmen und 30 Prozent (EU: 17 Prozent) der KMU arbeiten mit Hochschulen zusammen. 86 Prozent dieser Unternehmen haben Marktneuheiten eingeführt. „Unis sind ganz wesentlich, wenn Österreich zu den innovativsten Ländern aufschließen möchte“, ergänzt Janger.

Universitäten sind aber nicht nur für den Wirtschaftsstandort entscheidend, auch als Arbeitgeber leisten sie einen Beitrag. Bundesweit sind 58.000 Personen direkt an den Universitäten beschäftigt; 110.000, wenn das unmittelbare Umfeld dazu gerechnet wird, sagt Vitouch. Für den Universitätsstandort Leoben bedeute das, dass neun Prozent der Beschäftigten im universitären Umfeld tätig sind, in Graz sind es 6,5 Prozent und in Wien vier Prozent.



Präsident der Universitätenkonferenz Oliver Vitouch.

Foto: APA

Gemeinden investierten mehr

Nach Fall des Pflegegresses droht aber neue Belastung

Wien – Wer in einer Stadt mittlerer Größe lebt, muss besonders viel an die Kommune abliefern: Durchschnittlich 352 Euro zahlt ein Bürger einer Stadt mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern. In größeren Städten (davon gibt es acht plus die Bundeshauptstadt Wien, die in diese Statistik nicht einfließt) sinkt die Pro-Kopf-Belastung mit Gebühren wieder. Und auch in kleineren Gemeinden zahlt man weniger: Wer in einer Kommune mit weniger als 2500 Einwohnern lebt, muss im Durchschnitt 266 pro Kopf und Jahr an Gebühren bezahlen.

Das geht aus dem am Mittwoch vorgestellten Gemeindefinanzbericht hervor. Er zeigt auch, dass man beachtliche Leistungen bekommt. Am stärksten gestiegen sind 2016 die Infrastrukturinvestitionen der Gemeinden: 622,1 Millionen Euro wurden in Straßen, Verkehr und Wasserbau investiert, das sind um 85,6 Millionen (16 Prozent) mehr als 2015.

Diese wie auch die folgenden Zahlen betreffen alle Gemeinden außer Wien, das als Land und Gemeinde eine Doppelrolle spielt und daher nicht in derselben Statistik erfasst wird. Ähnlich starke Anstiege wie die Infrastrukturausgaben haben die Bereiche Gesundheit (plus 57,5 Millionen Euro) und Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft (plus 79,9 Millionen Euro) ausgewiesen, wobei der zweite Bereich besonders hohe Investitionen (plus 58,8 Millionen Euro) beinhaltet.

Insgesamt stiegen die kommunalen Investitionen um 1,6 Pro-

zent auf 2185,1 Millionen Euro. „Die Ausgaben dynamik im Sozialbereich (Sozialhilfe, Ausgaben für Pflege und Seniorenbetreuung et cetera) hat sich im Jahr 2016 verlangsamt“, heißt es in dem Bericht. Allerdings sind auch die Sozialausgaben mit plus 3,5 Prozent (61,6 Millionen Euro) deutlich auf 1,82 Milliarden gestiegen, jedoch nicht mehr so stark wie zuletzt.

Insgesamt haben die Gemeinden – nicht zuletzt aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung – im Vorjahr ihre Finanzlage verbessern können. 2016 erwirtschafteten sie mit 1,716 Milliarden Euro den zweithöchsten Überschuss der laufenden Gebarung seit dem Jahr 2000, nachdem sie im Jahr 2015 mit 1,728 Milliarden einen Rekordwert erreicht hatten.

„Trotz der ab dem Frühjahr 2017 deutlich verbesserten konjunkturellen Lage (für 2017 wird mit einem BIP-Wachstum von 2,8 Prozent gerechnet) und einer gewissen Entspannung am Arbeitsmarkt werden die Jahre ab 2017 sehr herausfordernd für die Gemeinden“, heißt es in dem Bericht. Städte und Gemeinden werden künftig den Stabilitätspakt nicht mehr einhalten können, wenn die Finanzierung nicht bereitgestellt wird, erklärte Städtetand-Präsident Thomas Weninger. „Wer bestellt, muss auch zahlen“, sagte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl zum Wegfall des Pflegegresses. Dadurch würde der Zustrom zu Pflegeheimen noch zu nehmen, der Bund werde die Folgekosten tragen müssen. (cs)



Erwartet Geld vom Bund: Gemeindechef Alfred Riedl.

Foto: APA/Pfarrhofer

KURZ GEMELDET

Direktoren wünschen sich mehr Legasthetie-Trainer

Wien – Österreichs Volksschuldirektoren wünschen sich vor allem zusätzliche Legasthetie- und Dyskalkulietrainer sowie Logopäden zur Unterstützung der Lehrer an ihrer Schule. Das gaben sie bei einer Befragung im Rahmen der Pirls-Studie an. Ebenfalls gebraucht werden Stützlehrer und Sekretariatskräfte. Materiell (Schulbücher, Hefte, Stifte etc.) sind die Volksschulen im EU-Vergleich nach Angaben der Schulleiter relativ gut ausgestattet. (APA)

Niederösterreich-Wahl: Neos beklagen Hürden

Wien – Die Neos beklagen „Hürden und Schikanen“ beim Sammeln der Unterstützungsdeklarationen für die Niederösterreich-Wahl. So gebe es keine einheitlichen Regelungen, Wählerregister würden in Papierform verschickt und die Öffnungen von Gemeindeämtern seien zu kurz, kritisierten Generalsekretär Nikola Donig und Nationalratsabgeordneter Nikolaus Scherak am Mittwoch. Rund ein Drittel der notwendigen 1000 Unterschriften habe man trotz dieser Hürden schon. (APA)

Othmar Karas warnt vor der „Ja-Nein-Demokratie“

Straßburg – In der Diskussion um mehr direkte Demokratie im Zuge der Regierungsbildung in Österreich hat der ÖVP-Delegationsleiter im EU-Parlament, Othmar Karas, vor einer „Ja-Nein-Demokratie“ gewarnt. „Wer verwendet die Instrumente der direkten Demokratie derzeit? Brexit, Katalonien, Ungarn, Erdogan“, sagte Karas am Mittwoch in Brüssel. „Mit Stimmdemokratie das System zu verändern, ist eine heikle Angelegenheit“, sagte Karas. (APA)